

Zwischen gezähmter Macht und gefordertem Engagement –

Die Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschland in ihrer ersten Dekade¹

Alexander Siedschlag

Einleitung

„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“.

So heißt es Artikel 2 des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (des sogenannten 2+4-Vertrags) vom 12. September 1990.

Am 24. März 1999 begannen die vom NATO-Rat beschlossenen Luftangriffe gegen Jugoslawien. Die deutsche Luftwaffe nahm von Anfang an an diesen Militäraktionen teil, ohne daß sie vom Sicherheitsrat ausdrücklich als Zwangsmaßnahme nach Kapitel 7 der Charta der Vereinten Nationen (UNO) beschlossen worden wären. Anders als der Krieg in Bosnien-Herzegowina, wo allein schon die Tatsache, daß deutsche Soldaten an Bord der AWACS-Aufklärungsflugzeuge mitflogen, zu einem Verfassungskonflikt führte und die damalige Regierungskoalition politisch spaltete, brachte „Kosovo“ keine Zerreißprobe für die rot-grüne Koalition. Bereits im Februar 1999 hatte Bundeskanzler Schröder auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik klargestellt:

„Deutschland kann und will keinen Sonderweg gehen. Wir sind im Bündnis mit unseren europäischen und amerikanischen Freunden Schritt für Schritt ... erwachsen geworden. Wir wollen das auch bleiben. Deshalb sind wir heute ohne jedes Wenn und Aber bereit, als ‚normale‘ Alliierte Verantwortung zu übernehmen“.²

All dies mag als Beleg dafür erscheinen, daß es der Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschland am Ende ihrer ersten Dekade und gerade *erst* unter der rot-grünen Bundesregierung gelungen ist, jenes Gleichgewicht zwischen „*gezähmter Macht*“³ und *gefordertem Engagement* herzustellen, das die internationale Gemeinschaft und auch die deutsche Politik selbst dem vereinten Deutschland zu finden auferlegt hatten. Doch tiefer geblickt, ist nach wie vor ein traditioneller Stil bundesrepublikanischer Außenpolitik vorhanden, der zu Problemen führen kann. Vor allem kann er zu Selbstüberforderung führen und zu *Symbolpolitik* – im Gegensatz zu problemorientierter und tatsachenbezogener Politik.⁴ Ein Beispiel ist die

auch von der rot-grünen Regierung – unter anderem um der innenpolitischen Legitimation willen – betriebene Rückbindung der Außenpolitik an historische Belastungen, aus denen dann konkrete Handlungserfordernisse abgeleitet werden. Solch eine *Politik der Gegenwart der Vergangenheit* war ebenfalls in Zusammenhang mit „Kosovo“ deutlich zu erkennen. So etwa in den Worten von Außenminister Fischer, der auf die Frage, welches Konzept und welche Interessen hinter der Entscheidung der Bundesregierung stünden, deutsche Soldaten auch als Bodentruppen in den Kosovo zu entsenden, antwortete: „Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz!“

Die Neigung zu Symbolpolitik und Geschichtsbeschwörung ergibt sich zum großen Teil aus dem nach wie vor bestehenden *Grundproblem*, mit dem sich deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den vergangenen 10 Jahren konfrontiert gesehen hat: dem Spannungsverhältnis zwischen dem selbstgewählten wie von außen herangetragenem Rollenmodell internationaler Einbindung mit Verzicht auf konturscharfe Interessenpolitik und dem zunehmend geforderten und praktizierten Engagement in der internationalen Krisenintervention und Friedenssicherung – Handlungsfeldern also, denen der Anklang von Großmachtspolitik anhaftet.

Wie konkretisiert sich dieses *Spannungsverhältnis zwischen gezähmter Macht und gefordertem Engagement*? Was sind seine Bestandteile und Folgen? Mit welchen Strategien versucht die Außen- und Sicherheitspolitik des vereinigten Deutschland, dieses Spannungsverhältnis zu bewältigen? Welche Akzentverschiebungen und Neuorientierungen haben sich dabei im Laufe der Zeit ergeben? Und wie sind diese systematisch zu erklären? Der Bezugsrahmen, um diese Fragen im folgenden zu behandeln und einige Antworten anzubieten, ist eine bestimmte Periodisierung – die Einteilung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik seit 1990 in vier Zeitabschnitte, für die bestimmte Positionsbestimmungen, externe Herausforderungen und Strategien, um diesen Herausforderungen zu begegnen, charakteristisch sind:

1. Die Allgegenwart des – bis heute wirkenden – Dilemmas der doppelten Normalität (Oktober 1990-Mitte 1994)
2. Der neue Internationalismus (Mitte 1994-Regierungswechsel im Herbst 1998)
3. Beteuerte Kontinuität und internationale Konsternation (die ‚ersten 100 Tage‘ der rot-grünen Bundesregierung)
4. Deutschland als neuer Friedensstifter (die aktuelle Phase, beginnend Mitte 1999)

Diese Zeitabschnitte folgen nicht lediglich einer auf den anderen, sondern haben jeweils ihre Nachwirkungen, ihre für künftige Politik pfadprägende Kraft. Hinter der Periodisierung steht eine bestimmte Betrachtungsweise: Auch im Fall Deutschlands darf man die Außenpolitik nicht von vornherein als von internationalen Integrationsstrukturen (NATO, EU, OSZE, UNO) bestimmt und in ihren Inhalten weitgehend durch sie vorgegeben auffassen. Die Interessendefinition, die Wahl der außenpolitischen Strategien und die Gewichtung der eigenen Politik in internationalen Organisationen sind – ebenso wie die Mitarbeit bei der Fortentwicklung dieser Organisationen – nach wie vor wesentlich nationale Entscheidungen, und sie hängen vom Ausmaß des Ausspielens nationaler Souveränität bzw. dem Ausmaß der Bereitschaft ab, Souveränität abzugeben.

Deutschland im Dilemma der doppelten Normalität

Die erste und grundlegende Periode ist der Zeitabschnitt von Oktober 1990 bis Mitte 1994 mit seiner *Dominanz des Dilemmas der doppelten Normalität*. Den Anfang dieses Zeitabschnitts markieren die Wiedervereinigung, das katalytische Ereignis des Golfkriegs (1990/91) und das manifeste Ende der weltpolitischen Bipolarisierung – der Warschauer Pakt löste sich im April 1991 auf, die NATO leitete die Neubestimmung ihrer Rolle im November 1991 ein. Der Zeitabschnitt endet mit zwei Faktoren, die weithin als Ausgangspunkte für erweiterte außen- und sicherheitspolitische Handlungsfreiheit aufgefaßt worden sind: dem Abschluß des Abzugs der russischen Truppen vom Territorium der ehemaligen DDR und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über internationale Bundeswehreinätze, beides Mitte 1994. In dieser Periode war die eigene und die internationale Debatte über die *Normalisierung* deutscher Außen- und Sicherheitspolitik absolut bestimmend.

Dabei erfuhr deutsche Politik eine grundlegende Lehre: Das wiedervereinigte Deutschland ist gehalten, in der internationalen Politik auf *doppelte Weise* ein normaler Staat zu werden. Als ‚neue‘ *Bundesrepublik* wird ihm durch die Verbündeten erweiterte politische und militärische Handlungsfähigkeit und Handlungsverpflichtung im sich wandelnden internationalen System zugeschrieben. Als *erweiterte ‚alte‘ Bundesrepublik* jedoch wird international und innenpolitisch erwartet, daß es sich angesichts einer noch immer bestehenden diffusen Furcht vor ‚Deutschland‘ freiwillig Beschränkungen auferlegt und sich massiv an internationalen Anmutungen orientiert.

Aus dieser zweifachen Anforderung entstand das *Dilemma der doppelten Normalität*:⁵ Nimmt Deutschland die ihm zugeschriebene gewachsene Verantwortung und Gestaltungskraft wahr, kann das in der internationalen Umwelt als anmaßend und als Indiz für neue Machtpolitik aufgefaßt (oder interpretiert) werden. Gleichzeitig wird durch den Versuch, den externen Erwartungen nachzukommen, innenpolitisch der Eindruck mangelnder politischer Führung und Interessenwahrnehmung riskiert. Das ist nicht zu verwechseln mit dem neuerdings von Markovits und Reich postulierten sogenannten „deutschen Dilemma“.⁶ Dieses bestehe zwischen kollektiver Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen und der Zukunft als neue Macht in Europa – wobei die These mitschwingt: Es sei Deutschlands Schicksal, entweder Europa zu dominieren oder von Europa dominiert zu werden.

Das *Dilemma der doppelten Normalität* wurde dadurch verschärft und wird bis heute dadurch aufrechterhalten, daß sich Deutschland als internationale Macht politisch durch eine Reihe von Schnittstellen-Funktionen auszeichnet. Diese bedingen charakteristische Leitinteressen und Handlungsmöglichkeiten, aber auch charakteristische Schwierigkeiten, im außenpolitischen Entscheidungshandeln allen Problemverwicklungen gerecht zu werden und keinen der Partnerstaaten in seinen Erwartungen zu brüskieren. Besonders deutlich war und ist das in Zusammenhang mit der Osterweiterung der NATO und der Europäischen Union (EU). Vor allem das verbreitete – und auch selbst kultivierte – Bild von Deutschland als Motor einer Vertiefung und Erweiterung der EU prägte in den Außenwahrnehmungen verschiedene, auch konfliktträchtige Erwartungen. Polen und Ungarn zum Beispiel sahen Deutschland ebenso wie Estland, Lettland und die Türkei als Torhüter für ihr Streben nach einer Eingliederung in die ökonomische und politische Integration West-

europas an. In Großbritannien und zunächst auch in Frankreich jedoch nährte dies die Furcht vor einem hegemonialen Deutschland als einer Art Gulliver im neuen Europa.

Die Bundesrepublik selbst verfiel sich in der Zeit von 1990-1994 zunehmend in Konflikten zwischen ihren traditionellen außenpolitischen Rollen: Ein fest in die westeuropäische Integration eingebundener, der ‚Macht‘ entsagender Staat mit einer gleichzeitig ebenso tiefen und für die Außenpolitik entscheidenden transatlantischen Verbindung, wirtschaftlichen Stärke, moralischen Verpflichtung auf die Friedenssicherung und einer Sonderbeziehung zu Frankreich, mit dem zusammen es den Takt für den Fortgang der europäischen Integration vorgibt. Außerdem kulminieren in deutscher Politik eine Reihe allgemeiner europäischer Probleme, wobei die von Deutschland gewählten Lösungswege aus unterschiedlichen Gründen besonders aufmerksam und kritisch betrachtet werden. Dies gilt etwa für die Asylgesetzgebung, das Staatsbürgerschaftsrecht, die Minderheitenpolitik insgesamt, die Währungspolitik sowie die Verteidigungspolitik, dabei insbesondere Rüstungsexporte und die Frage der Wehrpflicht.

Wenn allerdings zwischen 1990 und 1994 bei den Partnern von deutscher außen- und bündnispolitischer Handlungsunfähigkeit oder Handlungsunwilligkeit, zumindest aber von unverständlicher Unentschlossenheit die Rede war, so wäre es angebracht gewesen, dies nicht nur mit vermeintlichen Großmachtallüren in anderen Politikbereichen zu kontrastieren – vor allem der Zinspolitik der Bundesbank und der sogenannten deutschen „Anerkennungspolitik“ gegenüber Slowenien und Kroatien –, sondern sich historische Bedingtheiten besser zu vergegenwärtigen: Die Weichenstellungen für die Außenpolitik der Bundesrepublik ab 1951 hatten sich nicht aus eigenen Entscheidungen zwischen verschiedenen gangbaren Alternativen ergeben, sondern die Bundesrepublik wuchs in die entstehenden Strukturen des internationalen Systems der Nachkriegszeit hinein. Sie wurden zu vollendeten Tatsachen für die westdeutsche Außenpolitik, die sich deshalb typischerweise nicht mit Grundsatzentscheidungen konfrontiert sehen mußte. Charakteristisch war vielmehr der vorsichtige, schrittweise Machtgewinn.⁷

Ein Kredo dieser Politik war es, klug und zügig auf internationalen Konstellationswandel zu *reagieren*, nie aber maßgeblich an diesem Konstellationswandel mitzuwirken. Dazu waren der alten bundesrepublikanischen Außenpolitik viel zu enge Machtgrenzen gesetzt. Die eigenen Ziele (etwa die Gleichberechtigung im Bündnis, eine eigene Deutschlandpolitik ebenso wie eigene verteidigungs- und rüstungspolitische Entscheidungen und schließlich volle Souveränität oder gar die Wiedervereinigung) ließen sich deshalb meist nicht sofort und in vollem Umfang verwirklichen, sondern man war darauf angewiesen, günstige internationale Großwetterlagen abzuwarten. Zugleich war die Außenpolitik der Bundesrepublik – um dem Bedürfnis der Nachbarstaaten nach Sicherheit *vor* ‚Deutschland‘ Genüge zu tun – stets gehalten, ihre Bereitschaft unter Beweis zu stellen, die eigene Kraft international einzubinden und zum Wohl der internationalen Gemeinschaft einzusetzen.

Das *vereinte* Deutschland knüpfte bewußt an diesen Politikstil an. Solcher Traditionsbezug und die in ihm enthaltene Betonung der Saturiertheit stießen jedoch auf zunehmend harsche Kritik – bei den westeuropäischen Partnern ebenso wie bei den USA. Schlagworte wie Scheckbuchdiplomatie, Machtvergessenheit, Verantwortungsnegativismus und verweigerter Normalisierung machten die Runde – und

dies auch in unseren innenpolitischen Debatten über die Außenpolitik. Das hat noch heute nicht zu unterschätzende Folgen. Mehr denn je ist Deutschland heute gehalten, sich nicht nur in Europa zu *verorten* und *einzubinden*, sondern im Einklang mit den Partnern eigenverantwortlich weitreichende Entscheidungen über die *Ausgestaltung* internationaler Ordnung zu treffen und umzusetzen. Jetzt ist Deutschland wirklich in der Lage, nicht nur, wie es in der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 festgeschrieben ist, „von dem Willen beseelt“ zu sein, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, sondern diesen Willen Wirklichkeit werden zu lassen. Die Zeit der (wenigstens scheinbar) klaren Alternativen ist dabei aber endgültig vorbei. Deswegen ist es unangemessen, nach einem pauschalen Etikett – zum Beispiel „Handelsstaat“, „Macht in der Mitte Europas“ oder „Zivilmacht“ – zu suchen, wie das in der deutschen Außenpolitikforschung noch immer getan wird.

Doch schon in der Phase 1990-1994 hat Deutschland insgesamt gesehen keineswegs eine Wartestellung im Vorzimmer der Macht eingenommen, sondern verfolgte subtil seine Interessen im neuen Europa, baute sich weiches Machtpotential auf. Beispiele sind der Stabilitätsexport nach Mittel- und Osteuropa über Hilfe bei der Verfassungskonstruktion, bei der Errichtung der Kommunalverwaltung und demokratischer Kontrolle über die Streitkräfte. Dabei waren nicht nur demokratische Werte, sondern auch handfeste Wirtschaftsinteressen politikbestimmend.

Das vereinte Deutschland folgte gleichwohl weiterhin der *Maxime*, eine Politik der „Institutionalisierung der Macht“⁸ zu betreiben: Machtgewinn durch entsprechend tiefere Einbindung in internationale Institutionen abzufangen. Das wurde besonders deutlich in dem engagierten und konsequenten Eintreten für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union, die nicht nur Wirtschaft und Währung umfaßt, sondern auch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Option für eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI, engl. ESDI). Deutschland hat sich dann auch mit dem Beitritt zum Europäischen Währungssystem explizit für die Preisgabe der Bundesbank und die Verlagerung ihrer Kompetenzen auf die europäische Zentralbank entschlossen. Dies und die Tatsache, daß die Regierung Kohl in ihrer Europapolitik nationalen Einfluß und momentane Eigeninteressen immer wieder hinter ihr Eintreten für die Vertiefung der europäischen Integration zurückstellte und vor allem bereit war, in diesem Zuge den kleineren EU-Mitgliedstaaten unproportional viel Einfluß zuzugestehen, gilt in der angelsächsischen Außenpolitikforschung nach wie vor als erklärungsbedürftige Anomalie. Im Rückblick jedenfalls ist sie auf den konsequenten Versuch zurückzuführen, das Dilemma der doppelten Normalität durch eine Politik der Institutionalisierung der eigenen Macht abzuschwächen.

Die Kehrseite und Nachwirkung dieser erfolgreichen Politik ist die Schwierigkeit mit der eigenen Verortung im internationalen System. Nationale Positionsbestimmungen waren für die alte Bundesrepublik traditionell kontraproduktiv und im Grunde auch nicht erforderlich. Vorrangig war die gemeinsame Entscheidungsbildung in den Institutionen der transatlantischen Gemeinschaft. Sofern es doch einmal darum ging, Eigeninteressen zu verfolgen, operierte die deutsche Außenpolitik beispielsweise über personalpolitische Schachzüge bei der Besetzung von Führungspositionen in internationalen Organisationen, wie das auch gegenwärtig noch zu beobachten ist. Als Konsequenz ergaben sich im traditionellen Bereich der Au-

ßen- und Sicherheitspolitik zwischen 1990 und 1994 zahlreiche Probleme, die bis heute fortauern oder zumindest nachwirken: Probleme mit der eigenen *Interessen- definition* bzw. mit der Tatsache, überhaupt nationale Interessen zu haben und von anderen danach gefragt zu werden. Einschlägig für die Abneigung, nationale Interessen zu benennen oder überhaupt haben zu wollen, ist die Bestimmung der zentralen außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands im Weißbuch von 1994 –⁹ eine neuere gesatzte Interessenbestimmung gibt es bisher nicht:

1. Bewahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger Deutschlands und der Unversehrtheit seines Staatsgebietes.
2. Integration mit den europäischen Demokratien in der Europäischen Union.
3. Das dauerhafte, auf eine Wertegemeinschaft und gleichgerichtete Interessen gegründete transatlantische Bündnis mit den Vereinigten Staaten als Weltmacht.
4. Eine auf Ausgleich und Partnerschaft bedachte Heranführung unserer östlichen Nachbarstaaten an westliche Strukturen und die Gestaltung einer neuen, alle Staaten Europas umfassenden kooperativen Sicherheitsordnung.
5. Die weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte und eine auf marktwirtschaftlichen Regeln basierende gerechte Weltwirtschaftsordnung; denn die Sicherheit der einzelnen Staaten ist nur in einem System globaler Sicherheit mit Frieden, Recht und Wohlergehen gewährleistet.

Abgesehen von Punkt 1 muß man doch länger überlegen, was daran nun zentrale *nationale* Interessen sind, also solche, die für Deutschland im Unterschied zu anderen Staaten in besonderer Weise gelten. Die rot-grüne Regierung hat die Reihenfolge zwar mehr oder weniger umgedreht, die Frage nach der Notwendigkeit oder auch nach der Möglichkeit *nationaler* Interessen aber auch nicht offen gestellt und beantwortet.

Der neue Internationalismus

In der Zeit von Mitte 1994 bis zum Regierungswechsel 1998 verfolgte deutsche Außen- und Sicherheitspolitik einen *neuen Internationalismus*. Er stützte sich großteils auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu internationalen Bundeswehreinsetzungen vom Juli 1994 und das aus ihm politisch abgeleitete Motiv: neue „Handlungsfähigkeit“. Bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik war freilich von Anbeginn internationalisiert und abhängig von den transatlantischen Willensbildungsprozessen. Bundesdeutsche Sicherheitspolitik ist verfassungsrechtlich und politisch zudem immer nur im multinationalen Kontext und darüber hinaus eingebunden in internationale Organisationen denkbar gewesen. Aber neu war nun das Erfordernis, angesichts der internationalen Krisen nach dem Kalten Krieg nationale Ressourcen direkt und bewußt in den Dienst internationaler Organisationen zu stellen sowie eine Grundsatzentscheidung über die Beteiligung der Bundeswehr an UN-Missionen und an NATO-Operationen zu fällen.

Mit bedingt war der neue Internationalismus durch die im Vorfeld des 50-jährigen Bestehens der UNO in allen westlichen Staaten verbreitete Euphorie neuer

globaler Friedensgestaltung und effektiver Eindämmung militärischer Gewalt. Zu dem neuen Internationalismus in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gehörte dreierlei:

1. das aktive Vertreten ordnungspolitischer Konzepte für Europa: zum Beispiel Deutschland als Ost-West-Brücke; Deutschland als Anwalt für eine Mitgliedschaft der ostmitteleuropäischen Staaten in EU und NATO; Deutschland als ein Anker gesamteuropäischer Gleichgewichtspolitik. Zudem verschiedene Modelle für die Weiterentwicklung der EU – von der Kerneuropa-Idee bis zu Deutschland als einem Motor der Vertiefung und *gleichzeitigen* Erweiterung.
2. eine Politik des internationalen Geltungsgewinns. Diese zeigte sich deutlich in der vor allem von Außenminister Kinkel regelmäßig unterstrichenen Bereitschaft, bei einer fälligen Reform des UN-Sicherheitsrats einen ständigen Sitz zu übernehmen. Im Endeffekt wurde der Einfluß Deutschlands aber eher geschwächt, weil es keine einheitliche Regierungslinie gab. Sichtbar wurde das in Ressortgerangel zwischen Kinkel und Verteidigungsminister Rühle, die beide versuchten, die Definitionsmacht über die Ziele und Wege deutscher Sicherheitspolitik an sich zu ziehen.
3. zugleich und teils in Widerspruch dazu eine ostentative Politik der Sättigung, die zudem in Konflikt zu vermehrten internationalen Anforderungen geriet. Vor allem das Außenministerium manövrierte die deutsche Politik mit der von Kinkel ausgegebenen Parole der „Kultur der Zurückhaltung“ zusehends in Konflikt zu ihrem Leitziel, die Handlungsfähigkeit der EU auf internationaler Ebene zu stärken und für die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität einzutreten. Diese Identität jedoch hängt auch stark davon ab, welchen – auch welchen militärischen – Beitrag Deutschland dabei zu leisten bereit und in der Lage ist. Dies wiederum hängt davon ab, wie es seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen in Europa definiert bzw. ob es überhaupt Ansätze zu solch einer notwendigen Bestimmung der eigenen Position macht.

Die Lehre aus den Widersprüchen, in die die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sich mit ihrem neuen Internationalismus manövrierte, führte zu einem neuen Leitmotiv: *Feste Einbindung in die institutionelle Ordnung Europas und der transatlantischen Beziehungen ersetzt nicht das Erfordernis, längerfristige eigene Interessen zu entwickeln und explizit zu verfolgen*. Der neue Internationalismus ist deshalb auch eine Strategie, um das Spannungsverhältnis zwischen gezähmter Macht und gefordertem Engagement zu bewältigen. Auf dieser Grundlage prägte deutsche Außenpolitik die institutionellen Rahmenbedingungen der Weltpolitik für das neue Jahrhundert sehr positiv mit. Insbesondere beteiligte sich Deutschland aktiv an der Weiterentwicklung des Völkerrechts und der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag zur Ahndung von Kriegsverbrechen und Völkermord im ehemaligen Jugoslawien ist nur ein Beispiel dafür. So hatte die konservativ-liberale Regierung zu einer durchaus erfolgreichen und international geschätzten pragmatischen Politik im Spannungsfeld zwischen selbstgewählten und durch internationale Erwartungen aufgebürdeten Rollenmodellen gefunden.

Beteuerte Kontinuität und internationale Konsternation

Um so größer war zunächst die internationale Konsternation, die insbesondere bei den USA Platz griff, als die Regierung Kohl im September 1998 abgewählt wurde und Bündnis '90/Die Grünen das Ressort Außenpolitik erhielten. Dabei hatte Joschka Fischer bereits im Frühjahr 1998 mit seiner Berliner Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik versucht, allen Befürchtungen vor möglichem Kontinuitätsbruch und essentieller Unberechenbarkeit einer eventuellen rot-grünen Außenpolitik den Wind aus den Segeln zu nehmen.¹⁰

Die *Phase der ‚ersten 100 Tage‘ rot-grüner Außenpolitik* war somit gekennzeichnet von Kontinuitätsbeteuerung und *Kontinuitätspolitik* auf der einen Seite und *Konsternation* wichtiger Partner- und Bündnisstaaten auf der anderen. Hier kam freilich mehreres zusammen: Unsicherheit über den Kurs deutscher Sicherheitspolitik, Unsicherheit über die weitere Entwicklung der NATO und Unsicherheit über den Fortgang der euro-atlantischen Beziehungen insgesamt. In der Folge wurde auch das *Dilemma der doppelten Normalität* wieder virulenter. Vor allem, da anlässlich des Regierungsumzugs nun das Gespenst der „Berliner Republik“ herumspukte, zusammen mit der Mutmaßung: Deutschland könnte sich, wenn es ab Herbst 1999 von Berlin aus regiert würde, mit dem Auszug aus der rheinischen Beschaulichkeit auch von dem außenpolitischen Primat des Handelns in und durch internationale Institutionen abwenden, um nun zwischen Ost und West zu lavieren und – auch in neuem Selbstgefallen befangen – die Vorteile der Mittellage auszunutzen. Solchen Wahrnehmungen hatte die spätere rot-grüne Regierung in ihrem Wahlkampf und dann im Koalitionsvertrag selbst Vorschub geleistet, insbesondere mit ihrem Slogan: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“.¹¹ Und „Friedenspolitik“, gleichgültig was konkret mit ihr *gemeint* ist, klingt insbesondere für amerikanische – aber auch für französische – Ohren nicht gerade nach transatlantischer Verwurzelung und Bündnispartnerschaft. Entsprechende Befürchtungen wurden verstärkt durch offenkundige tiefere Unkenntnis der gemeinsamen Bündnispolitik in der NATO. Die von Außenminister Fischer losgetretene Debatte über die vermeintliche NATO-Doktrin des nuklearen „Erstschlags“ war dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Auf der anderen Seite ist festzuhalten: Die neue Regierung stellte an ihre eigene Außenpolitik und an die gemeinsame Politik in der EU durchaus erfrischende und berechtigte Fragen, die unter der Regierung Kohl nur zaghaft geäußert und nicht ernsthaft angegangen worden waren:¹² Ist die Nettozahlerschaft Deutschlands wirklich noch akzeptabel? Darf, ja muß Deutschland die Interessen der eigenen Wirtschaft europapolitisch nicht ebenso massiv vertreten wie die europäischen Partner die Interessen der ihren? Ist eine rasche EU-Osterweiterung überhaupt finanzierbar, und wie kann der deutsche Arbeitsmarkt eine Erweiterung verkraften? Ist die Betonung der deutsch-französischen Sonderbeziehungen und ihrer Motorfunktion für die europäische Integration nicht zu sehr ins Zeremonielle abgeglitten? Was gilt sie politisch noch, und welche konkreten Funktionen kann sie erfüllen?

Dem stand allerdings gegenüber, daß die rot-grüne Regierung ziemlich lange brauchte, um zu lernen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß Außenpolitik sich eben nicht nur im Auswärtigen Amt, im Europäischen Rat oder auf Treffen der

G 8 abspielt, sondern daß in der heutigen Zeit die sogenannten Linkage-Faktoren von Außenpolitik weithin bestimmend sind. Das bedeutet, daß auch Entscheidungen in scheinbar ganz anderen Politikfeldern unmittelbare außenpolitische Auswirkungen haben und zu ernststen internationalen Verstimmungen führen können. Nach einer Anlaufphase betrachtete zum Beispiel Verteidigungsminister Scharping Sicherheitspolitik und Strukturentscheidungen über die Bundeswehr ebenso wie über den Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dann aber durchaus als genuin *außenpolitische* Faktoren – auch im Sinn eines neudefinierten transatlantischen Verhältnisses mit mehr europäischer Lastenübernahme, jedoch zugleich mit mehr europäischer politischer Kompetenz und bewußter Eigenständigkeit gegenüber der Weltmacht USA. Dieser Schwung indes machte die USA schon wieder mißtrauisch und ließ Frankreich sich auf eine abwartende Haltung zurückziehen, was die Frage seiner vollen Rückkehr in die militärischen Strukturen der NATO betraf.

Als Schrittmacher für einen erfolgreichen Lernprozeß – vor allem dahingehend, wie sehr deutsche Außen- und Sicherheitspolitik Interdependenzpolitik ist und wie sehr sie von vornherein Konsens- und Kompromißzwängen insbesondere in EU und NATO unterliegt – hat schließlich *institutioneller Druck von außen* gewirkt: der Umstand, daß die Regierung Schröder gleich in der ersten Jahreshälfte 1999 mit der Herausforderung konfrontiert wurde, turnusgemäß die Präsidentschaft im Europäischen Rat (der Runde der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten) zu übernehmen.

Deutschland als neuer Friedensstifter

Ausgehend von diesem Lernprozeß und dramatisch beschleunigt durch den Kosovo-Krieg trat deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in ihre gegenwärtige, ab Mitte 1999 zu datierende, Phase ein: *Deutschland als neuer Friedensstifter*. Bestimmend dabei ist zweierlei: Einerseits bewußtes Anknüpfen an die Erfahrungen und Maßstäbe der Vorgängerregierung und der westdeutschen Außenpolitik, andererseits bestimmte Neuorientierungen und Akzentverschiebungen.

Die *Anknüpfungen* sind im sicherheitspolitischen Bereich am deutlichsten. Sicherheitspolitik gilt der Bundesregierung als Visitenkarte für die allgemeine Außenpolitik, insbesondere dafür, daß sie die Grundkoordinaten als unverändert betrachtet. Vor allem: die Einigung Europas als Leitziel; Deutschland als in Europa integrierter Staat mit gewachsener internationaler Verantwortung, die nach wie vor maßgeblich historisch begründet ist; Deutschland als fester Partner in der NATO mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle. Diese Anknüpfungspunkte stehen im Koalitionsvertrag und sind ebenfalls eine Antwort auf die Herausforderung, ein Gleichgewicht zwischen gezähmter Macht und gefordertem Engagement zu finden.

In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU setzt sich die rot-grüne Bundesregierung wie ihre Vorgängerin ausdrücklich für Mehrheitsentscheidungen ein. Nach wie vor ist es ein wichtiges europapolitisches Ziel deutscher Außenpolitik, weiter darauf hinzuarbeiten, daß Entscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die von einer großen Mehrheit

getragen werden, nicht mehr von einzelnen Staaten blockiert werden können. Im Bereich gemeinsamer militärische Aktionen unter Führung der NATO legt die Bundesregierung einen Schwerpunkt auf verbesserte bündnisinterne Abstimmung und verbesserten Einbezug von Nichtmitgliedstaaten. Dies soll einerseits dazu dienen, zu vertiefter Sicherheitskooperation in Gesamteuropa zu kommen, und andererseits dazu, bereits durch diese sichtbare Kooperation abschreckende Signale an potentielle Aggressoren zu senden.

Die gegenwärtige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik 10 Jahre nach der Vereinigung und in rot-grüner Couleur ist zugleich gekennzeichnet von *Akzentverschiebungen und Neuorientierungen*. Diese ergeben sich zunächst im Zuge allgemeinen Wandels, auch in den transatlantischen Beziehungen. Im Verhältnis der USA zu Deutschland galt noch bis Mitte der 1990er Jahre das Leitmotiv: Sicherheit für und zugleich Sicherheit vor Deutschland.¹³ Danach wurde auf beiden Seiten mehr und mehr zwei Tatsachen Rechnung getragen: Deutschland braucht – ebenso wie die anderen – weiterhin die USA für die Wahrung und Weiterentwicklung europäischer Sicherheit und für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik, ebenso wie ein gutes Stück weit als externen Förderator für vertiefte und erweiterte Regionalintegration. Die USA brauchen aber auch Deutschland, um ihren Fuß in der Tür zum sich nun auch außen- und sicherheitspolitisch integrierenden EU-Europa zu behalten.

In diesem Zusammenhang besteht ein grundlegendes Problem. Der gegenwärtigen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gerät eines offenbar mehr und mehr aus dem Blick: Wenn die Entscheidungs- und Handlungskompetenz der EU auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik wächst, wenn das Verteidigungsbündnis der Westeuropäischen Union (WEU) in die EU überführt wird, ja wenn ihr sogar – wie das ab 2003 der Fall sein soll – Streitkräfte assigniert werden, dann droht der transatlantische Kontext in den Hintergrund zu geraten. Diese Gefahr besteht vor allem, wenn man sich nicht rechtzeitig überlegt, wie die neue Handlungsfähigkeit Europas in die Tradition und Notwendigkeit des außen- und sicherheitspolitischen Konsultations- und Handlungsverbunds mit den USA eingebettet werden kann. Das Festhalten der Vorgängerregierung an der Rolle der WEU als separate, militärisch bedingungslos auf die NATO, namentlich die USA angewiesene Sicherheitsagentur war freilich auch keine Lösung, sondern nur eine Vertagung des Problems.

Des Weiteren sind Neuakzentuierungen in der Interessenbestimmung deutscher Außenpolitik zu verzeichnen, die nicht nur internationalen Wandel und aktuelle Herausforderungen reflektieren, sondern ein weiterreichendes Selbstbild und spezifische Vorstellungen von internationaler Ordnung. Drei Neuakzentuierungen gegenüber der Interessenbestimmung im Weißbuch von 1994 sind hervorzuheben. Es gehört demnach zu den Leitinteressen deutscher Außenpolitik:¹⁴

1. die Europäische Union zu vertiefen, sie nach Osten und Südosten zu erweitern und dabei den Balkan bedingungslos als Teil Europas zu betrachten,
2. zur Verbreitung von Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte in allen Teilen der Welt beizutragen sowie
3. die UNO zu einem wirklichen globalen Ordnungsfaktor zu machen.

Bei der Begründung dieser Interessen und ihrer großen geographischen Reichweite folgte Außenminister Fischer der Argumentation der sogenannten Theorie des de-

mokratischen Friedens.¹⁵ Vor allem die innere Verfaßtheit von Staaten sei nicht länger eine innere Angelegenheit, sondern sie sei eine internationale Angelegenheit, wie überhaupt die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik immer mehr an Bedeutung verliere. Vorrangiges Ziel jeder Außenpolitik müsse es daher sein, weltweit funktionierende Zivilgesellschaften aufzubauen, um dem Druck der Globalisierung zu entsprechen und Konfliktprävention zu verwirklichen. Dies könne nur unter dem Dach einer starken UNO geschehen.

Theorieannahmen und außenpolitischer Wandel

Was jedoch die bestimmenden *systematischen* Einflußfaktoren auf außenpolitische Kontinuität ebenso wie auf außenpolitischen Wandel sind, und wie *demgemäß* das Mischungsverhältnis zwischen Anknüpfungen und Neuorientierungen in der gegenwärtigen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erklärt werden kann, ist in der Theorie umstritten. Einen Eckpunkt der Debatte bildet die Annahme des *strukturellen Realismus*, der amerikanischen Version des Neorealismus, wonach Machtzuwachs zunächst zu Versuchen (und Versuchungen) unilateralistischer Außenpolitik führt – in besonders starkem Maße dann, wenn nationaler Machtgewinn mit internationalem Konstellationswandel zusammenfällt.¹⁶ Das war auch das Argument, mit dem dem wiedervereinigten Deutschland ein immanenter Hang zum Großmacht-Sein vorausgesagt worden war, und das nach dem Regierungswechsel wieder auftauchte. Bisweilen schien es einleuchtend, etwa angesichts der Finanzpolitik zur Amtszeit Lafontaines und der ersten europapolitischen Äußerungen Schröders. Bestätigt wurde die Vorhersage aber keineswegs.

Den Kontrapunkt zum strukturellen Realismus bilden sogenannte *reflexive* oder *konstruktivistische* Ansätze, denen zufolge drei Faktoren für die Kooperationsneigung und Einbindungspolitik von Staaten ausschlaggebend sind:¹⁷ Erstens Selbstbilder; zweitens internationalisierte Ideen und Interessen oder zumindest aufgeklärte Eigeninteressen; drittens nachhaltige Erfahrungen mit dem Scheitern eigener unilateralistischer Gehversuche. Dieser Dreisatz trifft und erklärt ein gutes Stück weit die *aktuelle*, wieder stärker kontinuierlich motivierte Positionsbestimmung deutscher Außenpolitik durch die Bundesregierung: Das Bild von Deutschland als Macht im Herzen des zusammenwachsenden Europas, die politikschaffenden Erfahrungen Deutschlands mit der Westbindung und dem Eintreten für die Weiterentwicklung und Erweiterung der westeuropäischen Integration sowie die deutsche Geschichte und ihre Lehren. Das zeigt auch: Die Handlungsmaximen der Außenpolitik ergeben sich nach wie vor weniger aus internationalem Problemdruck und der Einbindung in internationale Institutionen, sondern aus bewußt gewählten Rollenmodellen und aus der *Selbst*konfrontation mit katalytischen Ereignissen wie den jugoslawischen Zerfallskriegen und dem Kosovo-Krieg.

Der am ehesten *insgesamt* passende Erklärungsrahmen für das Wechselspiel zwischen Kontinuität und neuen Akzenten nach dem Regierungswechsel liegt im *Mittelfeld* zwischen der strukturalistisch-realistischen und der reflexiv-konstruktivistischen Sichtweise. Dieses Mittelfeld bilden ein aufgelockerter Neorealismus und ein gemäßigter Institutionalismus:¹⁸ Regionale Integration und breite Interdepen-

denz haben in Europa und im transatlantischen Raum dazu geführt, daß es ein dominantes gemeinsames Interesse an stabiler Kooperation gibt. Dieses läßt *erstens* die rücksichtslose Verwirklichung, zuweilen bereits die Entwicklung nationaler Interessen und Strategien dysfunktional erscheinen und fördert *zweitens* eine Kooperationskultur, die mehr und mehr verhindert, daß sich allzu extreme Interessengegensätze bilden. Damit wird nachhaltigen Beziehungsrückschritten vorgebaut und der Faktor nationale Macht relativiert. Der Begriff dafür lautet: Akkommodation („Anpassung, Übereinstimmung, Gefälligkeit“).¹⁹ Engagement in und für internationale Organisationen ist unter diesen Bedingungen auch ein Weg, eigene Interessen zu verwirklichen. Mehr noch: Es kann auch ein Weg sein, sich über die eigenen Interessen besser klar zu werden und ihre Durchsetzungschancen zu sondieren. Insgesamt gilt die Maxime: *Gemeinsame Handlungsebenen ergreifen und Funktionsbeiträge zur Lösung gemeinsamer Probleme leisten, die positiv auf die eigene Außenpolitik und den eigenen internationalen Status zurückwirken.*

Für diese Sichtweise spricht zum Beispiel, daß nunmehr das deutsch-französische Tandem in zwei wichtigen Bereichen wieder Tritt gefaßt hat: Auf dem 74. deutsch-französischen Gipfeltreffen im November 1999 vereinbarten Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac, gemeinsam den Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe der EU voranzutreiben. Im Dezember 1999 vereinbarten die Außenminister Vedrine und Fischer eine gemeinsame französisch-deutsche Linie in Fragen der Vertiefung und Erweiterung der EU: Die EU soll zum 1. Januar 2003 erweiterungsfähig sein, und zusammen plant man die Regierungskonferenz, auf der dieses Jahr unter französischer Präsidentschaft die Weiterentwicklung des Amsterdamer Vertrags angegangen wird.

Man muß jedoch noch einen Erklärungsfaktor hinzunehmen: die *komplexe innenpolitische Bedingtheit von Außenpolitik*, die bei allen Akzentverschiebungen und Neuorientierungen einen Kontinuitätskurs der rot-grünen Regierung begünstigt:²⁰ Zwar sind parteispezifische politische Ideen über internationale Ordnung durchaus relevant und schlagen sich in den außenpolitischen Strategien nieder. Doch immer wieder überlagern die Zwänge des Regierungsamtes die Parteiprogramme, und zugleich versperren die europäische Binnenpolitik ebenso wie internationale Anforderungen und Restriktionen einer stärkeren Umsetzung parteipolitischer Programmatik den Weg.

Fazit und Ausblick

Der Kosovo-Krieg wird sich als lang nachwirkende Zäsur in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erweisen. Die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der rot-grünen Regierung haben sich unter dem Druck der Realitäten ebenso von dem idealistischen Pazifismus der Koalitionsvereinbarungen zu entfernen begonnen, wie der sogenannte Genscherismus 1991 infolge des Golfkriegs an seine Grenzen stieß. Deshalb gilt zugleich: Unbedingte Kontinuität als Leitmotiv der Außenpolitik wird zweifelhaft, wenn sich das internationale System und seine Institu-

tionen verändern. Die Akzentverschiebungen und Neuorientierungen, die deshalb in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig geworden und inzwischen in wichtigen Teilen vorgenommen worden sind, fußen allerdings auf zwar selbstbewußten und verantwortungsvollen, aber realpolitisch nur bedingt verwertbaren Zukunftsentwürfen.

Am politischen Horizont taucht zuweilen die Gefahr einer Selbstüberforderung auf, zum Beispiel wegen des Spannungsverhältnisses zwischen glaubwürdiger Menschenrechtspolitik und drängenden Wirtschaftsinteressen, aber auch zwischen politischem Anspruch und Haushaltswirklichkeit. Dieses Spannungsverhältnis besteht besonders, was die Rolle der Bundeswehr in der internationalen Friedenssicherung betrifft: Das politische Modell *Deutschland als neuer Friedensstifter* kann zwar innenpolitisch auf breite Übereinstimmung über die neue Rolle der Bundeswehr bauen, aber die finanziellen Spielräume und die Klarheit über die künftige Wehrstruktur sind bei weitem nicht groß genug, um dem selbstgestellten Anspruch und mehr noch den mit diesem Anspruch geschaffenen Erwartungen bei den Partnerstaaten gerecht zu werden.

Ein unspezifisches *weltweites* Verantwortungsgefühl und Engagement für Demokratisierung und Friedenssicherung ist der deutschen Außenpolitik infolgedessen ebensowenig anzuraten, wie es die als *Verantwortungsunlust* gebrandmarkte, von Außenminister Kinkel im Anschluß an Genscher propagierte „Kultur der Zurückhaltung“ war. Beides sind breite, doch in ihren Handlungskonsequenzen einseitige und überspitzte Rollenmodelle. International können beide nicht nur als – jeweils anders verstandene – deutsche Lektion aus der Geschichte aufgefaßt werden, sondern auch als Provokation. Auf keinen Fall ist ein weiteres Abrücken vom Primat der Zukunft Deutschlands *in Europa* empfehlenswert: Bundesdeutsche Außenpolitik war von Anfang an nicht nur in besonderem Maße auf Europa verwiesen, sondern auch in besonderem Maße europafähig. Das ist eine Chance für ein Gleichgewicht zwischen gezähmter Macht und gefordertem Engagement, die es weiterhin bewußtzuhalten und zu nutzen gilt.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag basiert auf meinem Habilitationsvortrag, gehalten am 7. Februar 2000 vor dem erweiterten Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin. Dem Herausgebergremium der *GEGENWARTSKUNDE*, insbesondere Hans-Hermann Hartwich, danke ich für hilfreiche Anmerkungen.
- 2 Ausgestaltung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der XXXV. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999 in München. In: *Bulletin*, Nr. 8, 22. Februar 1999, S. 89-91 (S. 91).
- 3 Dieser Topos stammt aus Peter Katzenstein (Hg.): *Tamed Power. Germany in Europe*. Ithaca, NY 1997.
- 4 Siehe Alexander Siedschlag: Die aktive Beteiligung Deutschlands an militärischen Aktionen zur Verwirklichung Kollektiver Sicherheit. Frankfurt/M. 1995, S. 176-179.
- 5 Ausführlicher dargestellt in Alexander Siedschlag: Deutsche Außenpolitik im Dilemma der doppelten Normalität. In: *Jahrbuch für Politik* 5 (1995), S. 297-318.
- 6 Andrei S. Markovits/Simon Reich: *Das deutsche Dilemma. Die Berliner Republik zwischen Macht und Machtverzicht*. Berlin 1998.

- 7 Grundlegend Waldemar Besson: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe. München 1970; Wolfram F. Hanrieder: West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response. Stanford, CA 1967.
- 8 Peter J. Katzenstein: United Germany in an Integrating Europe. In: ders. (Hg.): Tamed Power. Germany in Europe. Ithaca, NY 1997, S. 1-48 (S. 3).
- 9 Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr. [Bonn, April 1994], § 308.
- 10 Joseph Fischer: Die Selbstbeschränkung der Macht muß fortbestehen. Deutschlands Rolle und Aufgabe in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts. In: Karl Kaiser (Hg.), Zukunft der Deutschen Außenpolitik. Reden zur Außenpolitik der Berliner Republik. Bonn 1998, S. 76-95.
- 11 Siehe dazu die einschlägigen Auszüge aus dem Koalitionsvertrag in: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“. Lageanalyse und Empfehlungen zur Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis '90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998. In: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 17 (1999), Nr. 1, S. 2-23.
- 12 Hans-Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs. Deutschland stabilisiert den Kontinent. In: Internationale Politik 54 (1999), Nr. 11, S. 1-10 (S. 3).
- 13 Grundlegend Wolfram F. Hanrieder: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994. 2., völlig überarb. u. erw. Aufl. Paderborn u.a. 1995.
- 14 Die Grundkoordinaten deutscher Außenpolitik sind unverändert: Frieden und Sicherheit und stabiles Umfeld für Wohlstand festigen. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der 37. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Hamburg (CCH) am 29. November 1999. In: Bulletin, Nr. 83, 6. Dezember 1999, S. 785-789 (S. 786f.).
- 15 Zukünftige Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik. Rede von Bundesminister des Auswärtigen Joschka Fischer am 27.12.1999. In: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr. 12/1999, Internet: <http://www.bundesregierung.de/01/0104/04>.
- 16 John J. Mearsheimer: Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War. In: International Security 15 (1990), Nr. 1, S. 5-56; Kenneth N. Waltz: The Emerging Structure of International Politics. In: International Security 18 (1993), Nr. 2, S. 44-79.
- 17 Zuletzt John S. Duffield: Political Culture and State Behavior: Why Germany Confounds Neorealism. In: International Organization 53 (1999), S. 765-803. Allgemein siehe Vendulka Kubálkova/Nicholas Onuf/Paul Kowert (Hg.): International Relations in a Constructed World. Armonk, NY/London 1998.
- 18 Für einen aufgelockerten Neorealismus siehe etwa die Münchner Schule: Gottfried-Karl Kindermann (Hg.): Grundelemente der Weltpolitik. 3., erw. Neuaufl. München u.a. 1986; Alexander Siedschlag: Der Realismus und die Wirklichkeit nach dem Kalten Krieg. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 7 (1997), S. 1361-1376. Zu einem Institutionalismus, der auch der Außenpolitikanalyse genügend Raum gibt, siehe John Gerard Ruggie (Hg.): Multilateralism Matters. The Theory and Praxis of an Institutional Form. New York u.a. 1993 sowie die Neuansätze in Helga Haftendorn/Robert O. Keohane/Celeste A. Wallander (Hg.): Imperfect Unions. Security Institutions Over Time and Space. Oxford u.a. 1999.
- 19 Dazu Kjell Goldmann: The Logic of Internationalism. Coercion and Accommodation. London u.a. 1994.
- 20 Dazu Wolf-Dieter Eberwein/Karl Kaiser (Hg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Bd. 4: Institutionen und Ressourcen. München 1998; Werner Link: Alternativen deutscher Außenpolitik. In: Zeitschrift für Politik 46 (1999), S. 125-143.